

GAR

Grüne und Alternative in den Räten
Königstraße 78, 70173 Stuttgart
www-gar-bw.de



Leitlinien grüner Kommunalpolitik

Grün tut den Kommunen gut

Kommunalpolitik ist nah an den Menschen. Mit Kommunalpolitik wird gestaltet, wie wir leben und zusammenleben. Sie prägt unser Zuhause, unsere Umgebung und unseren Alltag. Sie entscheidet über kleine Details ebenso wie über große Fragen. Das ist ein wichtiger Grund, warum wir in den Dörfern, Städten, Landkreisen und Regionen mitgestalten wollen. Aber es ist nicht der einzige Grund: Wir wollen außerdem dazu beitragen, dass bei heutigen Entscheidungen an morgen gedacht wird. Auch die nächsten Generationen sollen die Chance haben, in einer intakten Umwelt und in einem funktionierenden Gemeinwesen zu leben.

Grüne Kommunalpolitik verfolgt zentrale Grüne Ziele: Umweltschutz, sozialer Zusammenhalt, Bildungschancen, ein vielfältiges kulturelles Angebot. Konkret wollen wir in den Rathäusern und Landratsämtern mitentscheiden, wie die Weichen gestellt werden: ob Bus und Bahn Vorfahrt bekommen, ob wir den Ortskern stärken und die Streuobstwiesen erhalten, ob wir Energie lokal und regenerativ erzeugen, ob Menschen mit Einschränkungen im Alltag auf Offenheit oder auf Barrieren treffen, ob wir unterschiedliche Startchancen bei Kindern ausgleichen und wie wir eine gute medizinische Versorgung in der Fläche möglich machen. Nicht zuletzt geht es uns darum, dass Politik endlich nicht mehr in Hinterzimmern gemacht wird: Wir wollen Transparenz, und wir wollen Beteiligung stärken. Je wichtiger eine anstehende politische Entscheidung ist, desto wichtiger finden wir es auch, dass wir die Menschen auf dem Weg dorthin mit geeigneten Methoden einbeziehen.

Wir machen uns dafür stark, dass möglichst viele grüne und alternative Rätinnen und Räte in die kommunalen Gremien gewählt werden. Wir brauchen Leute, die sich einbringen und vor Ort nach den jeweils besten Lösungen suchen. Deshalb werben wir um Menschen, die mit ihren Ideen und ihrem Engagement unsere Fraktionen verstärken - und um viele Wählerinnen und Wähler, die uns mit ihren Stimmen Rückenwind geben.

1. Die ökologische Kommune Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten

Mit den Kommunen Klimaschutzziele erreichen

Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser Klimaschutzziele noch erreichen und die globale Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2° C begrenzen. Städte und Gemeinden müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Sie können zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land müssen die notwendigen Rahmenbedingungen setzen.

Immer mehr Städte und Gemeinden engagieren sich mit kommunalen Klimaschutz-Konzepten. Viele wollen den Ausbau der regenerativen Energien voranbringen und unabhängig werden von fossilen Energieträgern. Die grün-geführte Landesregierung unterstützt dies mit maßgeschneiderten Förderprogrammen, beispielsweise „Klimaschutz Plus“ und „Klimaschutz mit System“. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen dem Klimaschutzpakt Baden-Württemberg beitreten.

Auch die Entwicklung von Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels ist eine wichtige Aufgabe. Das Land fördert entsprechende Maßnahmen mit dem Programm KLIMOPASS.

In Baden-Württemberg ist der Verkehr für rund ein Drittel des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Leider ist hier bis heute keine Trendwende gelungen, die Treibhausgas-Emissionen steigen in diesem Sektor sogar weiter an. Wir können unsere Klimaszutzziele aber nur erreichen, wenn wir auch den CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr entscheidend reduzieren.

Viele tragen die Energiewende mit

Um den Energieverbrauch zu senken, ist innovative Technik ebenso wichtig wie energieeffizientes Bauen und Sanieren. Der Klimaschutz wird nur zusammen mit der Bevölkerung und mit der örtlichen Wirtschaft gelingen. Auch die 35 regionalen Energieagenturen im Land leisten wichtige Beiträge. Mit ihrem breiten Angebot an Service und Beratung unterstützen sie Wirtschaft, Handwerk, Bürgerinnen und Bürger dabei, Energie zu sparen und schrittweise auf regenerative Stromerzeugung umzustellen.

Für den Ausbau der regenerativen Energien müssen wir politisch den Weg bereiten. Indem wir im Flächennutzungsplan geeignete Flächen ausweisen und indem kommunale Flächen dafür verpachtet werden, können wir Windkraft wie auch Photovoltaik voranbringen und ihren Ausbau gezielt steuern. Natürlich achten wir dabei auf alle gesetzlichen Vorgaben und auch auf die Belange des Natur- und Artenschutzes. Wir wollen, dass sich unsere Stadtwerke zu Motoren der Energiewende weiterentwickeln. Mit Beratung und Dienstleistungen tragen sie dazu bei, Energieverbrauch und Kosten zu senken. Indem sie selbst auf dezentrale Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen umsteigen, bringen sie außerdem die Dekarbonisierung unserer Gesellschaft weiter voran.

Auf die Gebäude kommt es an

Die energetische Sanierung und Modernisierung von Altbauten muss in den nächsten Jahren noch schneller vorankommen. Noch immer wird in privaten Haushalten knapp die Hälfte der Energie für Wärme verbraucht. Mehr als die Hälfte dieses Verbrauchs lässt sich einsparen, indem Energie effizienter eingesetzt wird. Zugleich wird Wohnen durch eine Sanierung komfortabler.

Auch bei Neubauten müssen wir steuern. Die Möglichkeiten dazu haben wir: Wo Kommunen selbst bauen oder Bauland vergeben, kann man energiesparendes Bauen zur Voraussetzung machen. Werden Bebauungspläne aufgestellt, müssen regenerative Energien noch stärker berücksichtigt werden.

Dass kommunale Gebäude Photovoltaik und Solarthermie nutzen und Ökostrom beziehen, wollen wir in der kommunalen Energiepolitik zum Standard machen. Mit moderner Technik kann Abwärme effizient und klimafreundlich zum Heizen von Gebäuden oder Wohnsiedlungen genutzt werden. Außerdem gilt es, energieeffiziente Wärmenetze auf kommunaler Ebene zu planen und umzusetzen. Ein aktuelles Förderprogramm des Landes bietet hierfür finanzielle Unterstützung. Auch der Ein-

bau dezentraler Energiespeicher ist wichtiger Bestandteil der Energiewende und wird vom Land gefördert.

Beim Bauen setzen wir nicht nur auf energetisch optimierte Bauweise, sondern auch auf umwelt- und klimafreundliche, nachhaltige Baustoffe, insbesondere auf Holz.

Für gesunde Luft auch in Ballungsräumen

Feinstaub und Stickoxide belasten die Gesundheit. Wir machen uns dafür stark, dass die europäischen Grenzwerte zur Luftreinhaltung endlich eingehalten werden. So können wir die Anwohnerinnen und Anwohner viel befahrener Straßen vor den gesundheitlichen Risiken dieser Umweltgifte schützen. Erreichen werden wir das nur, indem wir die Auto- und LKW-Fahrten verringern, verbesserte Abgaswerte durchsetzen und schrittweise einen Umstieg auf umweltfreundliche, emissionsarme Verkehrsmittel einleiten. Wo die Grenzwerte überschritten werden, müssen in Luftreinhalteplänen Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes verbindlich festgelegt werden.

Den Artenreichtum und die vielfältige Landschaft erhalten

Wir wollen unsere schöne Kulturlandschaft und die vielfältige Natur bewahren – für uns, unsere Kinder und Enkel. Leider gehen noch immer wertvolle Lebensräume verloren, ebenso standorttypische Tier- und Pflanzenarten. Gründe dafür sind der anhaltende Flächenverbrauch, aber auch intensive Landwirtschaft, bei der Pestizide wie Glyphosat und Neonicotinoide eingesetzt werden. Der Verlust an biologischer Vielfalt, das Insekten- und auch das Vogelsterben müssen gestoppt werden. Wir wollen Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und weiterentwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass Feldhecken und Magerwiesen, Trockenmauern, Streuobstwiesen und andere wertvolle Lebensräume erhalten und gepflegt werden. Ein kommunales Biotopverbundprogramm trägt dazu bei, den Reichtum an Tier- und Pflanzenarten zu sichern und zu fördern.

Äcker und Grünland sollen so bewirtschaftet werden, dass die biologische Vielfalt erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere auf kommunalen Ackerflächen Feldlerchenfenster, Ackerrandstreifen und Blühflächen angelegt werden. Auch wollen wir Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützen, artenreiches Grünland zu erhalten. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass wir mit regionalen, gentechnikfreien und gesunden Lebensmitteln versorgt werden können. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir mit Landwirtinnen und Landwirten gut und partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Wir wollen die pestizidfreie Kommune. Dabei müssen Städte und Gemeinden selbst mit gutem Beispiel vorangehen: Auf öffentlichen Grünflächen sollen keine Pestizide mehr eingesetzt werden. Auch in Siedlungsgebieten gibt es naturnahe Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Sie wollen wir erhalten und aufwerten – zumal sie zugleich Erholungs- und Naturerlebnisräume für Menschen sein können. Wir setzen auf naturnahe Grünflächen- und Gewässerrandpflege und auf die Vernetzung von Biotopen. Bei Saat- und Pflanzgut sollen Arten gewählt werden, die in diesem Gebiet heimisch sind.

Pachtverträge als Instrument

Kommunen können auf die Bewirtschaftung ihrer Flächen wirksam Einfluss nehmen, beispielsweise darüber, wie sie landwirtschaftliche Pachtverträge für kommunale Flächen aufsetzen und deren Bewirtschaftung regeln. Sukzessive wird in Pacht-

verträgen festgeschrieben, dass frei von Gentechnik und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln Landwirtschaft betrieben wird.

Kommunen leisten mit ihren eigenen Flächen auch einen Beitrag, um das europäische Naturerbe Natura 2000 zu bewahren. Die Erhaltungs- und Entwicklungsziele aus den Managementplänen bieten hier eine gute Grundlage. Auch Wälder und Gewässer müssen naturgemäß und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunalwälder nach den Vorgaben des FSC-Siegels bewirtschaftet werden.

Naturschutzrechtliche Vorgaben nehmen wir ernst

Eingriffe in Natur und Landschaft müssen vermieden werden. Dort, wo sie sich nicht vermeiden lassen, sind sie zu kompensieren. Wir müssen uns auch darum kümmern, dass solche Ausgleichsmaßnahmen konsequent umgesetzt und dass die betreffenden Flächen dauerhaft gepflegt werden.

Lebendige Gewässer und vorausschauender Hochwasserschutz

Klimawandel und andere Ursachen führen dazu, dass Starkregen- und Hochwasserereignisse zunehmen. Wir setzen uns für einen ganzheitlichen und möglichst ökologischen Hochwasserschutz ein. Retentionsgebiete werden erhalten und - sofern sinnvoll - neue möglichst ökologisch geschaffen. An den Gewässern werden regelmäßig Gewässerschauen durchgeführt.

Gewässer sind Lebensadern der Natur und auch für unser Wohnumfeld wichtig. Gewässer in den Kommunen müssen in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden. Die umfangreichen Fördermöglichkeiten des Landes werden dabei ausgeschöpft.

Wir wollen saubere Gewässer und setzen uns für den Einbau der 4. Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen ein. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit trägt dazu bei, den Eintrag von Spurenstoffen, Mikroplastik und anderen Schadstoffen in unsere Gewässer zu verringern.

Flächen schonen – Entwicklung findet innen statt

Städte und Gemeinden sollen nicht ins Grüne wachsen – unser Ziel ist es, dass Stadt- und Dorfentwicklung innerhalb bestehender Siedlungsgrenzen stattfinden. Dabei sollen Baulücken und Gewerbebrachen genutzt und Flächenverbrauch durch flächensparendes Bauen minimiert werden. Kommunale Baulückenkataster bieten einen guten Überblick über vorhandene Flächenreserven.

Damit die Innenentwicklung gelingt, müssen beim Planen ökologische, stadtklimatische und auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Wir wollen Bauleitplanung und kommunale Flächenpolitik so gestalten, dass daraus eine ökologische und zugleich baulich qualitätsvolle Siedlungsentwicklung entsteht. Dabei spielt auch vertikale Stadtplanung eine Rolle, also in die Höhe zu bauen: Indem wir bestehende Bebauungspläne prüfen und überarbeiten, können wir die zur Verfügung stehenden Bauflächen optimal nutzen. Potentiale zur Überbauung von Parkflächen, zur Aufstockung von Supermärkten und gewerblichen Bauten müssen in Überlegungen zur Innenentwicklung einbezogen werden.

Auch Innenentwicklung hat ihre Grenzen, Städte und Gemeinden sollen grün bleiben. Wir wollen innerstädtische Bäume so weit wie möglich erhalten, weil sie wichtig für Ortsbild und Stadtklima sind. Grünbereiche sind für uns unverzichtbar. Wir wollen Dächer und Fassaden begrünen und Flächen entsiegeln, wo die Nutzung dies zulässt. Schotter- und Kiesgärten sind meist ökologisch verarmt. Naturnah gestalte-

te Grünflächen bieten dagegen Lebensraum für Tiere und Pflanzen und fördern ein ausgeglichenes Stadtklima.

Umweltbericht und kommunale Umweltbeauftragte

Wir setzen uns dafür ein, dass Natur- und Umweltschutz in der Kommunalpolitik einen besonderen Stellenwert haben. Deshalb soll regelmäßig ein kommunaler Umweltbericht erarbeitet und vorgelegt werden, der die kommunalen Aktivitäten beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz aufzeigt. Kommunale Umweltbeauftragte sind Motoren einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. Wo nicht vorhanden, sollen entsprechend Stellen in den Kommunalverwaltungen geschaffen werden.

Tierschutz in der Kommune umsetzen

Kommunen können viel für den Tierschutz tun. Eine wichtige Adresse sind Tierheime, die Fundtiere beherbergen: Sie brauchen eine angemessene Unterstützung durch die Kommunen. Interkommunale Zusammenarbeit kann dabei sinnvoll sein. Auch wer ehrenamtlich Tieren hilft, sollte Hilfe bekommen – beispielsweise durch einen kommunalen Tierschutzfonds, mit dem unbürokratisch Tierarztkosten für Fundtiere und andere Tiere in Notlagen erstattet werden können. Wir Grünen treten zudem dafür ein, dass jede Kommune eine ehrenamtliche kommunale Tierschutzbeauftragte oder einen Beauftragten benennt. Kommunen können auch über Pachtverträge mit Zirkusunternehmen und Schaustellerbetrieben dafür sorgen, dass tierschützende Regelungen eingehalten werden. Indem eine Kommune einen Tierschutzpreis auslobt, stärkt sie die Werte des Tierschutzes.

Abfall vermeiden und wiederverwerten

Die Verschwendung von Rohstoffen wollen wir durch ökologische Kreislaufwirtschaft eindämmen: Dabei ist auch die kommunale Abfallwirtschaft gefragt. Mit konkreten Konzepten für Müllvermeidung und Wiederverwertung sowie einer guten Öffentlichkeitsarbeit, kann das Müllaufkommen reduziert sowie Sortierqualität und Wiederverwertbarkeit verbessert werden. Zusammen mit der Gastronomie und mit dem Einzelhandel wollen wir die Müll-Flut aus Pappbechern und Einwegverpackungen eindämmen. Bioabfälle müssen separat gesammelt und zur Energiegewinnung genutzt werden. Außerdem wollen wir die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm schnell voranzubringen.

2. Die soziale Kommune Den Zusammenhalt stärken

Verlässliches soziales Netz

Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, brauchen Rat und Hilfe. Ob bei Krankheit, bei Behinderung, in Lebenskrisen, in finanziellen Notlagen oder im Alter: Die Unterstützung muss so dezentral wie möglich angeboten werden. Es gilt, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bei denen Hilfesuchende möglichst individuelle Beratung und Hilfen erhalten. Wenn man solche Angebote entwickelt, sollten so weit wie möglich die Betroffenen eingebunden und deren konkrete Bedürfnisse beachtet werden.

Freiwilliges Engagement stärken und würdigen

Ohne Ehrenamtliche sind viele wesentliche Aufgaben in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben kaum noch zu bewältigen, beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Betreuung älterer Menschen und in der Flüchtlingshilfe. Ehrenamtliche leisten in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten wertvolle Arbeit. Um dieses Engagement dauerhaft aufrecht zu erhalten, ist es wichtig, dass auch neue Formen der Kooperation unter allen Beteiligten erprobt und umgesetzt werden. Die Städte, Gemeinden und Landkreise müssen bürgerschaftliches Engagement in seiner Vielfalt gezielt fördern, stärken und würdigen und professionell begleiten

Gutes und günstiges Wohnen ermöglichen

Die kommunale Wohnungspolitik in allen Gemeinden im Land hat dieselbe Aufgabe: Sie soll Wohnraum für Menschen jeden Einkommens, für jede Altersgruppe und für jede Form des Zusammen- oder des Alleinlebens zur Verfügung stellen. Sie muss neben seniorenrechtlichen und barrierefreien Wohnungen auch familiengerechte, größere und preiswerte Wohnungen möglichst in allen Stadtteilen bieten.

Die Zahl der Sozialwohnungen ist auch in Baden-Württemberg über die letzten Jahre stark gesunken. Parallel dazu stiegen die Mietpreise enorm. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Städte und Gemeinden müssen hier gegensteuern. Es gilt, von allen Möglichkeiten Gebrauch zu machen: So kann man beim Ausweisen neuer Flächen und bei städtebaulichen Verträgen im Innenbereich einen beträchtlichen Anteil für den sozialen Wohnungsbau reservieren. Damit Kommunen auch selbst in den sozialen Mietwohnungsbau investieren können, steht ihnen das Förderprogramm des Landes offen. Indem eine Kommune Grundstücke an Baugemeinschaften, Genossenschaften und andere Formen des gemeinschaftlichen Wohnens vergibt, macht sie preiswertes Bauen möglich.

Man kann zudem festlegen, dass Bebauungspläne erst dann zur Wirkung kommen, wenn alle Grundstücke in kommunaler Hand sind. So lassen sich langjährige Bauland-Brachen vermeiden. Die Kommune kann dadurch auch verhindern, dass es zu unverhältnismäßig hohen Grundstückspreisen kommt.

Wir befürworten eine Reform der Grundsteuer auf bebaubare Grundstücke, damit künftig finanzielle Anreize gesetzt werden, erschlossenes Bauland schneller für den Wohnungsbau bereitzustellen. Ein wirksames Instrument, um knappen Wohnraum zu erhalten, ist die Zweckentfremdungssatzung. Sie verhindert, dass Wohnraum dem Wohnungsmarkt entzogen wird.

Attraktive Orte und Quartiere

Dörfer, Gemeinden und Städte sind lebenswert und attraktiv, wenn es dort eine gute Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit gibt. Zu einer optimalen Grundversorgung gehören auch Einkaufsmöglichkeiten, eine ordentliche Gastronomie, öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungen und Begegnungsmöglichkeiten. Wichtig ist es, beim Planen, Bauen oder Sanieren im Blick zu haben, was es für lebendige Quartiere mit guter sozialer Mischung braucht. Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichster Herkunft, mit und ohne Behinderung sollen miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen. Hierauf müssen Quartiere zugeschnitten werden. Eine Rolle spielen können Mehrgenerationenhäuser, Beratungsstrukturen, Nachbarschaftszentren, barrierefreier Wohnraum, Kindertagesstätten und die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Sicherheit im öffentlichen Raum ist unverzichtbar für ein lebenswertes Wohnumfeld. Zum Begriff Sicherheit gehört dabei mehr als der Schutz vor Kriminalität. Es geht auch darum, dass sich die Bevölkerung subjektiv sicher fühlt. Orte, die als Angsträume wahrgenommen werden, können attraktiver und damit sicherer werden, wenn man sie umgestaltet, besser beleuchtet und hässliche oder vermüllte Bereiche beseitigt. Die gezielt eingesetzte Präsenz von Polizei erhöht sowohl die Sicherheit als auch das Sicherheitsgefühl.

Wir achten bereits bei der Bauleitplanung darauf, dass keine Viertel entstehen, die zu einseitig genutzt werden. Quartiere, die zu bestimmten Zeiten menschenleer sind, können zu einem subjektiven Unsicherheitsgefühl beitragen. Dies ist zum Beispiel von klassischen Behördenzentren bekannt.

An einem sicheren und lebenswerten Umfeld sind viele Akteure in der Kommune beteiligt. Neben der Polizei sind dies die für Kriminalitätsprävention zuständige Sozialarbeit, die Bau- und Planungsämter, die kommunalen Servicebetriebe und nicht zuletzt die Bevölkerung, wenn sie sorgsam mit dem öffentlichen Raum umgeht.

Schutz für Frauen und Kinder mit Gewalterfahrung

Frauen und Kinder werden Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen – erschreckend oft. Die Fallzahlen sind seit Jahren konstant und hoch. Die Opfer brauchen leicht zugängliche Anlaufstellen, wo sie Rat und Unterstützung finden. Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen finanziell stets ausreichend abgesichert sein.

Auch bei niedrigem Einkommen nicht ausgegrenzt

Immer mehr Haushalte haben in den letzten Jahren mit niedrige Einkommen und finanziellen Sorgen zu kämpfen. Die Anzahl armer Kinder und auch die Altersarmut nehmen zu. Dies grundlegend zu ändern und zu verbessern, liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Aber auch Kommunen sollen einen Beitrag leisten, damit Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Denkbar sind beispielsweise Preisnachlässe bei kommunalen Einrichtungen und beim öffentlichen Nahverkehr (Bonus-Card, Familien-Card, Sozial-Ticket). Idealerweise lassen sich auch Vereine und andere Organisationen dafür gewinnen, Vergünstigungen anzubieten. Menschen mit wenig Geld dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wichtig sind uns deshalb auch gut ausgestattete Schuldner-Beratungsstellen sowie Jobcenter, die individuelle Unterstützung bieten.

Gemeinsam leben – mit und ohne Behinderung

Menschen mit Behinderungen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben mitten in der Gesellschaft führen können. Dafür müssen Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden abgebaut werden. Damit individuelle Lebenswege möglich werden, braucht es für Wohnen und Freizeit weniger stationäre und dafür mehr ambulante Angebote. Außerdem müssen wir mehr Zugänge zum allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen. Das erreichen wir durch gezielte Qualifikation oder indem wir mit der örtlichen Wirtschaft kooperieren. Kommunen sollen bei Ausschreibungen die Möglichkeit nutzen, Inklusion als Vergabe-Kriterium zu definieren und damit voranzubringen.

Gute gesundheitliche und medizinische Versorgung

Bei Entscheidungen und Planungen muss das Thema Gesundheit ebenso grundsätzlich mitbedacht werden wie Umweltverträglichkeit. Unser Ziel ist eine gesundheitli-

che und medizinische Versorgung, die flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig ist. Wir wollen regionale Gesundheitskonferenzen, damit sich die Beteiligten vor Ort besser verzahnen: die ambulante und stationäre Versorgung, Pflegedienste, Heilberufe und Verantwortungsträger. Die Gesundheitsämter sollen beim Planen und Organisieren der Gesundheitskonferenzen eng eingebunden sein. Wir setzen uns dafür ein, dass es eine verbindliche regionale Krankenhausplanung sowie qualitative Vorgaben durch das Land gibt. So können wir die Gesundheitsversorgung in der Fläche gewährleisten und zugleich sicherstellen, dass Gelder so sinnvoll wie möglich eingesetzt werden.

Wir wollen die Teilhabe psychisch kranker Menschen an der Gesellschaft fördern und ihnen eine selbständige Lebensführung ermöglichen. Dafür müssen wir die sozialpsychiatrischen Dienste stärken, die psychisch kranke Menschen begleiten und helfen, Klinikaufenthalte zu vermeiden.

Mit kommunaler Suchtprävention wollen auf die Gefahren der Abhängigkeit bei Genussmitteln, Medikamenten und bei der Mediennutzung hinweisen.

Im Alter so lange wie möglich selbständig

Leben und aktiv sein im Alter – das soll mitten in der Gesellschaft möglich sein. In unterschiedlichen Wohnformen können Menschen mit Unterstützungsbedarf eigenständig leben, in ambulant betreuten Wohngruppen oder Mehrgenerationenhäusern beispielsweise. Mithilfe von Quartiersarbeit (Nachbarschaftshilfen und Beratungsdienste) wird es älteren Menschen möglich, in ihrer vertrauten Wohnung und Umgebung wohnen zu bleiben, wie es sich viele wünschen. Für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, muss es gute Heimplätze geben, alternativ auch Wohngemeinschaften speziell für Menschen mit Pflegebedarf. Da die meisten pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut werden, ist zudem ein dichtes Netz von Pflegestützpunkten wichtig, die beraten und ambulante Angebote vermitteln.

3. Die erreichbare Kommune Umweltfreundlich mobil sein

Mobilität für alle sichern und umweltverträglich gestalten

Wir müssen unseren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erreichen, die Kinder in die Kindertagesstätte bringen, einkaufen, abends in den Verein gehen, am Wochenende unsere Freunde und Verwandten besuchen. Ab und zu machen wir Urlaub. Unser Leben setzt Mobilität voraus. Uns Grünen liegt nachhaltige Mobilität am Herzen, und zwar für alle Menschen, unabhängig von finanzieller Lage, Alter und möglichen Einschränkungen.

Mit starken Grünen werden die Kommunen in Baden-Württemberg zum Vorreiter: beim Ausbau barrierefreier öffentlicher Verkehrsangebote und beim Ausbau des Radverkehrs. Wir denken Verkehrspolitik und Stadtplanung in Verkehrskonzepten zusammen, um sichere und kurze Wege zu ermöglichen.

Für immer mehr Menschen wird es einfacher und attraktiver, ohne eigenes Auto mobil zu sein. Unsere Luft wird dadurch sauberer und gesünder, die Lärmbelastungen gehen wohltuend zurück, und wir gewinnen öffentlichen Raum für die Menschen. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Dörfern steigt.

Gut zu Fuß

Das Zu-Fuß-Gehen wollen wir durch ausreichend breite und attraktive Gehweg-Verbindungen fördern. Dass Geh- und Radwege zugesperrt werden, dulden wir nicht. Auch Kinder und Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist, müssen sich sicher bewegen können. Dazu trägt auch eine Ausweitung von Tempo-30-Bereichen und verkehrsberuhigten Bereichen bei, für die wir uns aussprechen.

Hochschalten für mehr Radverkehr

Auf kurzen Strecken ist das Fahrrad oft das am besten geeignete Verkehrsmittel. Um den Radverkehr zu stärken, hat die Kommunalpolitik zahlreiche Möglichkeiten. Dazu gehören ausreichend breite und vernetzte Radwege, die keine Konflikte mit Fußgängerinnen und Fußgängern provozieren, sowie komfortable Radschnellwege und Schutzstreifen auf den Fahrbahnen. Zur Infrastruktur sollten außerdem Aufstellflächen vor Ampeln zählen, Fahrradstraßen und Begegnungszonen, eine gute Ausschilderung von Radrouten und ausreichend sichere Fahrrad-Abstellanlagen. Hinzukommen können Fahrrad-Verleihsysteme – auch mit Lastenrädern für Einkäufe oder Ausflüge mit Kind und Kegel – sowie eine Mitnahme-Lösung für Fahrräder in den Bussen und Bahnen. Für kommunale Bedienstete wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Dienstfahrräder fördern zu lassen, und wir wollen auch örtliche Unternehmen dafür gewinnen.

Bus und Bahn machen mobil

Öffentliche Verkehrsmittel sollen eine verlässliche Alternative zum Auto darstellen, in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Regionen. Deswegen wollen wir sie so ausbauen und miteinander vernetzen, dass sie für immer mehr Menschen eine gute Lösung sind. Vom Bund erwarten wir, dass er die seit über 20 Jahren stagnierenden Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) deutlich aufstockt. Dann können Land und Kommunen auch größere Investitionen stemmen und beispielsweise stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren. Den Städten wollen wir neue Finanzierungsinstrumente wie die Nahverkehrsabgabe ermöglichen. Busverkehr soll attraktiver gemacht werden, indem weitere Expressbuslinien eingeführt und Fahrzeiten verkürzt werden, wozu beispielsweise Busspuren oder Bevorrechtigungen an Ampeln beitragen.

Wir wollen, dass in allen Orten des Landes und auch an Wochenenden zwischen 5 und 23 Uhr mindesten einmal pro Stunde ein Verkehrsangebot besteht. Haltestellen und Fahrzeuge sollen barrierefrei sein und den Fahrgästen zudem Informationen in Echtzeit bieten. Damit es einfacher wird, Bus und Bahn zu nutzen, wollen wir Tarifgebiete zusammenlegen. In Tourismus-Regionen sollen die öffentlichen Verkehrsmittel von allen, die Kurtaxe bezahlen, kostenlos genutzt werden können. Die Konus-Gästekarte im Schwarzwald setzt dies bereits um.

Anrufsammeltaxis, Ruf- und Bürgerbusse und in Zukunft auch autonom fahrende öffentliche Verkehrsmittel auf Bestellung schaffen überall dort bedarfsgerechte Angebote, wo die Nachfrage für Linienverkehr nicht ausreicht – also in Tagesrandlagen, in den Außenbereichen von Städten und auf dem Land. Dort wollen wir diese Angebote weiter ausbauen. Sie zu nutzen, ist mit den digitalen Möglichkeiten von heute sehr einfach und nutzerfreundlich möglich. Wir machen uns dafür stark, dass die Kommunen und ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften ein Jobticket für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbieten.

Auto- und Lastwagenverkehr vermeiden

Wir fördern die Stadt der kurzen Wege, in der sich tägliche Besorgungen mit dem Fahrrad oder zu Fuß erledigen lassen. So können immer mehr Menschen auf ein Auto oder zumindest auf einen Zweitwagen verzichten. In neuen Wohngebieten setzen wir auf eine reduzierte Anzahl von Stellplätzen, auf flexibel umbaubare Quartiers-Garagen sowie Carsharing-Angebote. Weil Lieferverkehr immer weiter zunimmt, befürworten wir speziell in den Städten E-Mobilität und Lastenrad-Konzepte. Wir unterstützen es, dass dafür auch Verteilzentren eingerichtet werden.

Das Auto sinnvoll einsetzen

Nicht überall kann man heute schon aufs Auto verzichten – vor allem in ländlichen Regionen, aber auch für bestimmte Anlässe wird das Auto noch benötigt. Umso wichtiger ist es uns, E-Fahrzeuge zu etablieren. Dafür wollen wir die Lade-Infrastruktur ausbauen.

In den Städten ist es besonders wichtig, den Autoverkehr zu reduzieren. Parkgebühren können Anreize schaffen, dass immer mehr Menschen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umsteigen. Damit es leichter und bequemer wird, Autos über Carsharing gemeinsam zu nutzen, wollen wir Parkplätze speziell für die Carsharing-Autos reservieren. Wir wünschen uns, dass sich Kommunalverwaltungen und Unternehmen mit ihren Beschäftigten am Carsharing beteiligen – das hilft, das Carsharing zu tragen, und sie brauchen dann weniger eigene Fahrzeuge. Sinnvoll ist es auch, die Auslastung des einzelnen Autos zu erhöhen. Dies können wir mit Apps und Mitfahrbörsen erreichen. Wir Grünen sind für die Blaue Plakette: Wenn sie eingeführt wird, dient das der Luftreinhaltung und dem Gesundheitsschutz.

Elektromobilität für bessere Luft

Der fossile Verbrennungsmotor hat nur noch eine begrenzte Zukunft. Die Umstellung auf neue Formen der Mobilität hat bereits begonnen. Elektromobilität bei der Bahn und unterstützend bei Fahrrädern hat sich längst etabliert und wird auch bei den Autos zu einem der Bausteine des künftigen Verkehrs. Diese Umstellung bedeutet allerdings mehr, als nur Ladesäulen zu installieren – viele Faktoren müssen ineinandergreifen. Bedarfsgerechte Mobilitätskonzepte sind komplex und vielseitig. Hierfür müssen wir frühzeitig Weichen stellen: Quartiersentwicklung, Energieversorgung und Lade-Infrastruktur müssen sich an der E-Mobilität orientieren. Auch beim Parken kann man E-Autos bevorzugen. Für diese und viele andere Aufgaben auf dem Weg in eine elektromobile Zukunft brauchen wir Zeit. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt in großen Schritten vorangehen.

Mehr Sicherheit und weniger Lärm

Öffentlicher Verkehrsraum gehört den Menschen, nicht nur den Autos. Wir wollen Verkehrsflächen so umgestalten, dass sie für alle, vom Kind bis zur Seniorin, sicher nutzbar sind. Außerdem soll weniger Lärmbelastung vom Straßenverkehr ausgehen. Seit Frühjahr 2017 haben Kommunen die Möglichkeit, überall dort Tempo 30 auszuweisen, wo sich Einrichtungen wie Kitas und Pflegeheime befinden. Wir schöpfen die rechtlichen Möglichkeiten für die Verringerung von Geschwindigkeiten aus, wo dies zum Schutz vor Gefahren und Lärm sinnvoll ist. Was in Lärmaktionsplänen steht, wollen wir konsequent umsetzen. Für Lärmschutz an kommunalen Straßen gibt es gute Finanzierungsmöglichkeiten über die verbesserte Landesförderung für den Umbau von Straßen und Lärmsanierung.

4. Die vielfältige Kommune Das gesellschaftliche Leben gemeinsam gestalten

Informieren und beteiligen: Öffentlichkeit und Transparenz

Was hilft gegen Politikverdrossenheit? Die Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungen einzubeziehen, beispielsweise. Ein solcher Prozess liefert zugleich auch wichtige Grundlagen für den Tag der Entscheidung in Rat und Verwaltung. Damit der positive gesellschaftliche Effekt erhalten bleibt, ist es bei allen Formen der Mitwirkung wichtig, von Anfang an klare Verabredungen zu treffen: darüber, wie die Ergebnisse der Beteiligung später in die Entscheidungen einfließen. Wir Grünen wollen, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informiert und zu wichtigen Planungen gehört werden. Das Angebot zur Mitwirkung soll so konzipiert sein, dass es zur breiten Teilnahme einlädt – dabei spielen die gewählten Orte und Termine ebenso eine Rolle wie der gesamte Zeitaufwand. Wir sehen zwei einander ergänzende Schienen für die Beteiligung: punktuelle Beteiligungsverfahren wie Bürgerforen, Einwohnerbefragungen, Ortsbegehungen, Planungszellen oder Stadtteilkonferenzen sowie kontinuierlich arbeitende Gremien wie Migrations-, Senioren- oder Behindertenbeiräte.

In Baden-Württemberg gibt es inzwischen die Möglichkeit, auch Vorberatungen in Ausschüssen öffentlich abzuhalten. Dies wurde auf Initiative der grünen Landtagsfraktion eingeführt. Wir wollen dies nutzen und so mehr Transparenz schaffen.

Uns ist es wichtig, dass auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch die Beteiligungsangebote erreicht werden – speziell Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die kein Kommunalwahlrecht haben. Wenn Verwaltungen die Informationen für Bürgerinnen und Bürger zusammenstellen, soll leicht verständliche Sprache verwendet werden.

Digitale Verfahren nutzen

Wir wollen, dass Kommunen die Möglichkeiten des Internets offensiv nutzen: Es muss normal werden, dass öffentliche Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse im Netz bereitgestellt werden. Zudem sind im Internet verschiedene Formate von Beteiligung denkbar. Wir sehen große Chancen, über das Internet mehr politische Mitwirkung möglich zu machen.

Bürgerschaftlich Engagierte aktiv einbeziehen

Dass sich bei uns so viele Menschen bürgerschaftlich engagieren, das gestaltet und bereichert unser Zusammenleben in den Kommunen in vielen Bereichen vom Sozialen über Naturschutz bis hin zum Sport. Beispielhaft für viele weitere Engagierte sind die freiwillige Feuerwehr, die Katastrophenschutz- und Rettungskräfte zu nennen. Diese Engagierten zu fördern und wertzuschätzen, kann sich auch darin zeigen, dass wir sie ernst nehmen. Weil sie aktiv mitarbeiten, sammeln sie Wissen und Erfahrungen, die bei politischen Entscheidungen wertvoll sind. Wir wollen daher, dass Verwaltung und Gemeinderat engagierte Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

Kinder und Jugendliche wirken mit

Auf Initiative der Grünen wurde es im Land verpflichtend, dass Jugendliche an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Dies wollen wir vor Ort engagiert und kreativ umsetzen – so, wie es zur jeweiligen Situation passt. Jugendinitiativen und Jugendgemeinderäte sind wichtige Gremien und Gruppen, in denen

Jugendliche sich am kommunalen Leben beteiligen und ihre Sichtweise in die Politik einbringen. Wir wollen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Jugendgemeinderäte und Jugendforen haben deshalb Rede- und Antragsrecht für den Gemeinderat – dass dies auch wirkungsvoll umgesetzt wird, dafür machen wir uns im politischen Alltag stark. Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche auch über weitere offene Beteiligungsformen in den Kommunen Gehör finden.

Ein wichtiger Bereich, in dem Jugendliche selbst aktiv gestalten und sich engagieren können, sind die Jugendangebote der Vereine und Gruppen sowie selbst organisierte Jugend-Treffs.

Gleiche Chancen für Frauen in Politik und Gesellschaft

Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Doch nach wie vor ist der Frauenanteil bei den kommunalen Mandaten und Führungspositionen niedrig. Weil Kommunalpolitik den Alltag entscheidend prägt, finden wir es sehr wichtig, wie Frauen die Dinge sehen, in den kommunalen Gremien ebenso wie in den Entscheidungsebenen der Verwaltung. Wir Grünen lösen dies seit 39 Jahren auf unsere Art, mit Erfolg: Wir stellen unsere Wahllisten im Reißverschlussverfahren auf, also quotiert. Auf Landesebene ist das seit 2013 als Sollvorschrift auch ins Wahlgesetz aufgenommen. Wir sehen kommunale Verwaltungen in der Pflicht, Frauen und Männern selbstverständlich die gleichen Berufschancen zu bieten und bestehende Einstellungs- und Aufstiegshindernisse zu beseitigen.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte wirken darauf hin, dass die Belange von Mädchen und Frauen in der nach wie vor männlich dominierten Kommunalpolitik nicht zu kurz kommen. Wir wollen gut ausgestattete Büros für Gleichstellungsbeauftragte. Außerdem unterstützen wir es, wenn auch Kommunen unter 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern solche Stellen einrichten.

Sport und Bewegung in der Kommune fördern

Sport bedeutet Bewegung, Fitness und Wettkampf. Sport bedeutet außerdem auch soziales Miteinander, Ehrenamt, Integration, Jugendarbeit, Gesundheit und Spaß. Sportvereine und nicht organisierter Sport übernehmen wichtige Aufgaben in der Gesellschaft, wofür sie eine verlässliche kommunale Förderung brauchen. Wir Grünen wollen eine Sportförderung, die gewährleistet, dass sowohl die traditionellen Vereine wie auch neue Vereine und Sportarten unterstützt werden. Spitzensport sollte nur dann von Kommunen unterstützt werden, wenn er einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben vor Ort leistet und den Nachwuchs fördert.

Damit eine zukunftsgerichtete Sportstätten-Planung gelingt, müssen alle Beteiligten kooperieren. Wir achten darauf, dass alle Bevölkerungsgruppen mit ihrem Sportbedürfnis angemessen berücksichtigt werden, wenn kommunale Sportkonzeptionen erstellt werden.

Sport und Bewegung sollen auch spontan möglich sein. Daher wollen wir innerorts frei zugängliche Sport-, Spiel- und Bewegungsangebote für Jung und Alt.

Vielfältiges kulturelles Leben ermöglichen

Kunst und Kultur tragen dazu bei, dass wir die Welt mit anderen Augen sehen, differenzierter zuhören und offen sind für Neues und Fremdes. Oft geben sie uns Impulse für Veränderung oder für eine Weiterentwicklung unseres Wertesystems. Sie geben Anstöße, dass wir uns mit aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft kritisch auseinandersetzen. In der globalisierten Welt, in der wir leben, können uns Kunst und Kultur im besten Sinne ein Gefühl von Heimat geben.

Für uns Grüne ist es eine zentrale kommunale Aufgabe, die kulturelle Infrastruktur zu erhalten – die Theater, Festivals, Museen, Musikschulen und Kunstschulen wie auch kulturelle Initiativen, Vereine und Einrichtungen. Wir sehen das kulturelle Angebot auch von großer Bedeutung für den Tourismus von Städten und Gemeinden.

Wir wollen, dass es auch in der Fläche künstlerisch anspruchsvolle Angebote von hoher Qualität gibt. Wir regen an, die interkommunale Kulturarbeit auszubauen. Wir wünschen uns eine gezielte Förderung für die vielfältigen Kooperationen der verschiedenen Anbieter, von Laienkultur und professionellen Kulturanbietern sowie Kunstschaffenden. Die Kulturen der Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, erweitern und bereichern das örtliche Kulturangebot.

Wir unterstützen es, wenn sich Menschen im Kulturbereich bürgerschaftlich engagieren. Und wir wollen, dass die Zugangsschwellen zu kulturellen Angeboten niedrig sind, auch in finanzieller Hinsicht.

Integration aktiv gestalten

Kommunen können viel dazu beitragen, dass ein Miteinander von einheimischer und eingewanderter Bevölkerung gelingt. Viele Migrantinnen und Migranten sind längst selbstverständlicher Teil unseres gesellschaftlichen Lebens. Nach wie vor gibt es aber auch Aspekte, die deutlich machen, dass es noch keine gleichberechtigte Zugehörigkeit gibt. In politischen Gremien beispielsweise sind Migrantinnen und Migranten viel zu wenig vertreten. Integrationsbeiräte und Vereine sehen wir daher als wichtige Ansprechpartner: Gemeinsam mit ihnen können Gemeinderäte, Kreistage und Verwaltungen nach Wegen suchen, wie Integration weiter vorankommt.

Speziell 2015 und 2016 sind viele Menschen nach Deutschland geflüchtet, ihre Integration stellt eine besondere Herausforderung dar. In relativ kurzer Zeit mussten viele Lösungen entwickelt und umgesetzt werden: Hilfestellungen, die den Spracherwerb ermöglichen, außerdem Zugänge zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt und zu Wohnmöglichkeiten. Auf der kulturellen Ebene gehört zu Integration auch, kulturelle Muster und Verhaltensweisen kennenzulernen sowie Normen und Werte zu erfahren, die für das Leben in Deutschland bestimmend sind. Die Verwaltungen und die vom Land finanzierten Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager können dies allein nicht erreichen. Sie sind angewiesen auf gute Kooperationen mit Ehrenamtlichen in Unterstützungskreisen, mit Betrieben, Vereinen, Bildungsträgern und Schulen.

Entschlossen gegen Fremdenhass und menschenverachtende Hetze

Wir Grüne wollen ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Hetze gegen gesellschaftliche Gruppen und Andersdenkende lehnen wir entschieden ab – und treten solchen Strömungen auch auf kommunaler Ebene jederzeit entgegen.

Wir finden es wichtig, dass die deutsche Vergangenheit in einer lebendigen Erinnerungskultur präsent bleibt. Wir wollen, dass sich die Gesellschaft weiterhin mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzt, ebenso auch mit mutigem Widerstand. Wir setzen uns dafür ein, dass Gedenkort erhalten und gepflegt werden: als Orte, an denen wir uns daran erinnern, dass dort Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung drangsaliert und getötet wurden.

Partnerkommunen in der einen Welt

Einander besser verstehen: Dazu können Städtepartnerschaften und Projektkooperationen beitragen, innerhalb Europas und auch in der Entwicklungs- und Friedenspolitik. Eine Partnerschaft außerhalb Europas, die man mit Kommunen und Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern eingeht, ermöglicht besondere Einblicke. Auf diesem Weg können wir direkt erfahren, wie sich Handel in einer globalisierten Welt auswirkt, und wir können auf kommunaler Ebene darauf reagieren. Damit die Partnerschaften gelingen, sind bürgerschaftlich engagierte Menschen und Gruppen wichtig – sie füllen eine solche Partnerschaft erst mit Leben. Deswegen sollen sie von der Kommunalpolitik unterstützt werden.

5. Die familienfreundliche Kommune Bildungschancen eröffnen

Auf den Anfang kommt es an

Kinder sind neugierig und wollen die Welt entdecken. Wir Grünen wollen, dass alle Kinder dieselben Chancen nutzen können, unabhängig von ihrem familiären Hintergrund. Deswegen ist frühe Förderung so wichtig.

Wir setzen uns ein für gute und bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsangebote. Um Familien zu unterstützen, fordern wir unter anderem einen forcierten Ausbau von Familienzentren, bei denen zusätzliche Angebote wie Beratung von Eltern integriert sind. Wir brauchen dringend mehr Betreuungsplätze, vor allem im Ganztagesbereich. Wir Grünen machen uns für eine hohe pädagogische Qualität in Krippen und Kindergärten sowie in der Kindertagespflege stark. Ein guter Personalschlüssel ist wichtig – ebenso wichtig finden wir es, dass insgesamt die im Orientierungsplan ausgearbeiteten pädagogischen Ansätze verbindlich umgesetzt werden. Weil gute pädagogische Konzepte ebenso wie deren Umsetzung Zeit brauchen und weil es dabei um Qualität geht, wollen wir Leitungskräften speziell für diese Aufgaben Zeit geben und sie dafür freistellen.

Das Land bietet finanzielle Unterstützung für den Ausbau und Betrieb der frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, diese Mittel wurden in den letzten Jahren deutlich aufgestockt. Für uns hat es Priorität, die Qualität in der Kinderbetreuung weiter zu stärken. Mittelfristig wollen wir noch mehr: Kinderbetreuung soll kostenfrei werden, in anderen Bundesländern ist sie es teils schon. Bis es bei uns soweit ist, setzen wir auf sozial gestaffelte Beiträge.

Kindern und Jugendlichen Raum geben

Kinder erobern sich ihre Welt Stück für Stück. Wir wollen sie dabei unterstützen, indem wir ihnen ausreichend Spielflächen anbieten, die für sie gut erreichbar sind und wo sie vielfältige Erfahrungen sammeln können.

Dabei geht es uns nicht nur um die qualitativ hochwertigen Außenflächen von Kindertageseinrichtungen. Kinder haben auch ein Recht auf ihren Platz im öffentlichen Raum, auf einen Ort, an dem sie toben, klettern und spielen können. Vielen Kindern fehlt jeglicher Zugang zur Natur. Ausreichende Flächen für Spiel- und Naturerfahrungen sind für uns ein wesentlicher Aspekt familiengerechter Stadtplanung.

Auch Jugendliche haben Anspruch auf ihren Platz im öffentlichen Raum. Jugendliche brauchen eigene Räume jenseits von Schule, Arbeitswelt und organisierter Jugendarbeit – und dabei haben sie die Unterstützung von uns Grünen. Jugendtreffs oder auch Proberäume für junge Musikerinnen und Musiker sind wichtig. Dort ler-

nen Jugendliche, ihre Aktivitäten auf eigenen Wegen und auf ihre Weise zu regeln. Sie lernen Demokratie in ihrem Alltag, wenn wir ihnen weitgehende Selbstverwaltung und Selbstorganisation ermöglichen. Wir wollen nicht, dass Jugendliche verdrängt werden, beispielsweise indem öffentlicher Raum kommerzialisiert wird.

Schulbildung, individuell und gut

Kinder und Jugendliche sollen ihre Potenziale voll entfalten und den für sie bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Wir machen uns deswegen stark für eine Schule der Zukunft, in der die individuelle Förderung jedes Kindes im Mittelpunkt steht.

Schulsystem im Wandel

Die Schülerzahlen in Baden-Württemberg haben sich über die Jahre verändert, teilweise sehr deutlich, und sie werden sich weiter verändern. Auch die Nachfrage nach verschiedenen Schularten oder einzelnen Schulen ist im Wandel.

Was wir brauchen, ist eine regionale Schulentwicklungsplanung, die örtliche Belange berücksichtigt. Interkommunale Lösungen werden zukünftig wichtiger. Nur so können wir auch bei geringeren Schülerzahlen noch ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot sichern. Das bedeutet auch, dass die Schülerbeförderung verbessert werden muss.

Mit einer grün-geführten Landesregierung wurden die Gemeinschaftsschulen eingeführt. Viele von ihnen haben sich sehr gut entwickelt, immer wieder zeichnet man sie für hervorragende pädagogische Arbeit aus. Diese pädagogische Arbeit benötigt zusätzliche Ressourcen, für die wir uns weiter einsetzen werden. Die Gemeinschaftsschulen sind besonders gut geeignet, um demografische Veränderungen aufzufangen. Deshalb treten wir dafür ein, dass sich diese Schulform weiterhin in der Schullandschaft etabliert.

Der Bedarf nach ganztägiger Betreuung endet nicht mit dem Kindergarten. Es bedarf eines durchgängigen Systems. Der Ausbau von Ganztageseschulen ist uns daher wichtig, und zwar unabhängig von der Schulart und nicht nur bei Grundschulen. Ganztageseschulen bauen Bildungsnachteile ab und sorgen dafür, dass Eltern es leichter haben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Besonders wertvoll sind rhythmisierte Angebote, die den Lernbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst sind. Dabei bindet man musisch-kreative und sportliche Angebote in den Tagesablauf mit ein.

Ein gesundes Mittagessen gehört für uns dazu. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen ein warmes, frisch zubereitetes Mittagessen ermöglichen – so weit wie möglich aus regionalen und biologischen Produkten.

Schulsozialarbeit als wichtige Unterstützung

Die Anforderungen an Schulen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, auch weil sich Familien- und Arbeitsleben verändert haben. Wenn soziale oder familiäre Probleme aufkommen, wird immer häufiger erwartet, dass die Schule sich darum kümmert. Das können Schulen aber nur schaffen, wenn sie von Fachpersonal unterstützt werden. Die vom Land mitfinanzierte Schulsozialarbeit ist aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Sie hat sich bewährt als wichtige Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Wir wollen Schulsozialarbeit weiter ausbauen und an allen Schulen verankern.

Gemeinsam leben, gemeinsam lernen

Die Inklusion, das gemeinsame Lernen und Leben von Kindern mit und ohne Behinderung, ist eine wertvolle Bereicherung für alle Kinder. Wir wollen Inklusion weiter voranbringen. Dafür benötigen Schulen mehr Unterstützung bei Personal und Ausstattung. Die Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir nutzen, um erfolgreiche Modelle auszubauen und auf weitere Schulen zu übertragen. Den Wunsch von Eltern und Kindern nach inklusiver Beschulung vor Ort wollen wir umsetzen.

Schulgebäude und Ausstattung auf individuelle Förderung ausrichten

Schulen müssen heute anders aussehen als früher. Die Anforderungen an Schulgebäude und Ausstattung der Schulen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Unser Ziel sind Schulen, die in einem baulich guten Zustand sind, die zeitgemäß ausgestattet sind und die den aktuellen pädagogischen Anforderungen für individuelle Förderungen und moderne Unterrichtsformen gerecht werden.

Neben Instandhaltung, Sanierung und Umsetzung der Inklusion spielt Digitalisierung in den Schulen eine immer wichtigere Rolle. Ganz besonders gilt das bei den beruflichen Schulen, die ganz unmittelbar mit den Anforderungen der Industrie 4.0 konfrontiert sind. Aber auch in anderen Schularten werden mobile Geräte und das Internet zunehmend eingesetzt. Zugang zu digitalisierten Inhalten zu haben, ist eine große Chance für Bildung und Weiterbildung. Wir wollen erreichen, dass alle Kinder und Jugendliche unabhängig vom sozialen Status diese Möglichkeiten nutzen können.

Für uns Grüne ist es außerdem wichtig, Chancen und Risiken der Digitalisierung zu thematisieren. Wir wollen dies gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern diskutieren und abwägen. Dabei soll es um die Auswirkungen auf Alltag, Arbeit, Konsum und Freizeit gehen, besonders aber auch um die Auswirkungen auf Freiheitsrechte und den Schutz persönlicher Daten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Kinder und Jugendliche sollen so früh wie möglich lernen, nachhaltige und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen und zum Schutz der Umwelt, für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft für die jetzigen und für spätere Generationen zu handeln. Die Kommunen haben viele Möglichkeiten, dies zu unterstützen, von der Einrichtung von Waldkindergärten bis hin zu Unterstützung von Projekten in Schule oder Jugendarbeit.

Bildung unabhängig vom Alter

Lebenslanges Lernen ist ein ganz selbstverständlicher Teil unserer Informationsgesellschaft. Denn Bildung endet nicht mit dem Erreichen eines Schulabschlusses. Wir setzen uns für gut ausgestattete Büchereien, Musikschulen und breit aufgestellte Volkshochschulen ein. Zusammen mit weiteren Bildungsträgern bieten sie den Bürgerinnen und Bürgern viele Möglichkeiten: Man kann Fähigkeiten auch außerhalb von Schule und Ausbildung weiterentwickeln und bis ins hohe Alter wachhalten. Außerdem ist es möglich, Schulabschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen oder als Erwachsener noch Lesen und Schreiben zu lernen. All das sind wichtige Bausteine unserer Gesellschaft, die allen Menschen Chancen auf Teilhabe bieten möchte. Wir unterstützen daher auch uneingeschränkt das unter grüner Regierung eingeführte Bildungszeitgesetz.

6. Die erfolgreiche Kommune Zukunftsfähig wirtschaften

Wirtschaftsförderung: Gemeinden und Regionen im Blick

Kommunale Wirtschaftspolitik hat viel mit Flächen zu tun: Es werden Flächen gebraucht, damit bestehende Betriebe erweitern können, und weitere Flächen dafür, dass sich neue Betriebe ansiedeln. Wir Grünen wollen, dass der Flächenverbrauch hierfür minimiert wird. Das wird möglich über eine kluge Flächenvorratspolitik, bei der auch innerstädtische Gewerbebrachen reaktiviert werden. Neue Siedlungs- und Gewerbeflächen sollen unserer Auffassung nach nur dann ausgewiesen werden, wenn dies die vorhandene Infrastruktur weiterentwickelt und wenn kommunale Ziele anders nicht erreicht werden können.

Uns ist eine regional abgestimmte Wirtschaftspolitik wichtig, ebenso wie interkommunale Projekte. Regionen sollen als gemeinsamer Raum wahrgenommen und geplant werden. Wir wollen, dass kommunale Wirtschaftsförderung sich von lokalem Vorrangdenken löst – wir bevorzugen eine gemeindeübergreifende Ausrichtung.

Denn die Vernetzung von Städten und Gemeinden einer Region kann viele Vorteile bringen: Netzwerke zwischen Unternehmen, Hochschulen und Verwaltungen bauen sich auf, Betriebe kooperieren, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gefördert. Längst weiß man, welche wichtige und nachhaltige Standortfaktoren entstehen können durch all jene Möglichkeiten, die in regionalen Kooperationen, regionalem Wissenstransfer, regionaler Infrastruktur, regionalen Verkehrslösungen und einem regionalen Arbeitskräfteangebot liegen. Nicht zuletzt haben Regionen mit unverwechselbaren Besonderheiten auch Elemente für den Tourismus zu bieten.

Effiziente Energiepolitik sehen wir als weiteres großes Thema für die Wirtschaftsförderung. Damit verbunden ist auch der massive Ausbau erneuerbarer Energien. Darin liegen große Potentiale für das lokale Handwerk und den Mittelstand.

Um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken, müssen wir die Landwirtschaft unbedingt einbeziehen. Das gilt zum Beispiel für den Vermarktung der regionalen Produkte oder für Öffentlichkeitsarbeit.

Eine kommunale Wirtschaftsförderung hat zudem die Aufgabe, Startups, neue Talente und neue Potenziale für unternehmerisches Handeln zu fördern. Wir wollen, dass Frauen wie auch Menschen mit Migrationshintergrund als Unternehmerinnen und Unternehmer stärker in den Fokus rücken.

Die Wirtschaft braucht flächendeckend Breitbandzugänge nach dem aktuellen Stand der Technik (Glasfaser). Damit das Netz zügig und bedarfsgerecht ausgebaut werden kann, sind Kooperationen mehrerer Kommunen sinnvoll und unterstützenswert.

Die kommunale Daseinsvorsorge sichern

Für eine hohe Lebensqualität ist auch die kommunale Daseinsvorsorge wichtig: sauberes Trinkwasser, moderne und effektive Bildungsangebote, eine ambulante und eine stationäre Krankenversorgung, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie der Ausbau digitaler Angebote. Hinzu kommen Lebensmittelüberwachung, Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung und Feuerwehr. Wir wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sind und bleiben. Dass wir diese Aufgabenfelder demokratisch kontrollieren können, ist ein hohes Gut und wichtig für die Qualität.

Für eine grüne digitale Zukunft

Die Geschwindigkeit der digitalen Veränderungsprozesse ist atemberaubend. Das stellt nicht nur jede und jeden Einzelnen vor große Herausforderungen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. So steht der globale Arbeitsmarkt vor dem größten Umbruch seit Jahrzehnten. Selbstfahrende Fahrzeuge, denkende Maschinen, intelligente Lagersysteme und eine internetbasierte Verwaltung werden in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten zahllose Arbeitsplätze kosten. Gleichzeitig werden die neuen Techniken neue Jobs entstehen lassen, vor allem in der Beratungs- und Dienstleistungsbranche.

Wir gehen diesen Weg mit. Das Land gibt in den nächsten beiden Jahren 325 Millionen Euro aus, um Digitalisierungsmaßnahmen zu fördern. Auf kommunaler Ebene müssen wir die Chancen, welche die Digitalisierung bietet, zielstrebig umsetzen – ohne die damit verbundenen Gefahren auszublenden. Ein konkretes Ziel ist es, den Service für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu verbessern, indem Verwaltungsabläufe digitalisiert werden.

Gemeinwohl als Wirtschaftsfaktor begreifen

Kommunale Bilanzen oder Erfolge sollen in Zukunft mit mehreren Maßstäben bewertet werden. Nicht nur in finanzieller Hinsicht: Neben der klassischen Finanzbilanz müssen auch Werte einbezogen und verglichen werden, die gesellschaftlichen Nutzen bilanzieren. Dazu gehören Bedürfnisbefriedigung, Sinnstiftung, Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Eine solche Bilanz des Gemeinwohls ist ein konkretes, umsetzbares Instrument für Unternehmen, Organisationen und Kommunen aller Größen und Rechtsformen. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihm dient. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

Wenn Kommunen und ihre Betriebe Kapital anlegen, sind neben der Anlagesicherheit auch ethische Kriterien zu beachten, die Umweltstandards und soziale Standards als Anlagebedingung festlegen.

Kommunen als verantwortungsvolle Arbeitgeber

Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgeber gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bieten. Einfache Tätigkeiten an Subunternehmen auszulagern, um Kosten zu sparen, widerspricht diesem Prinzip. Denn es ist oft unsozial und trägt zu weiterer sozialer Spaltung bei.

Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe ihr Angebot flexibler Arbeitszeiten weiter ausbauen. Das Ziel ist, dass sich Familie und Beruf noch besser vereinbaren lassen. Führungspositionen in der Verwaltung sollen häufiger von Frauen übernommen werden – wir fordern gezielte, wirksame Schritte in diese Richtung. Dass Frauen und Männer generell gleiche Berufschancen und Karrieremöglichkeiten haben, ist eines der grundsätzlichen Ziele unseres grünen Wertekanons. Verwaltungen sollen zudem Menschen mit Migrationshintergrund einstellen und gezielt weiterbilden. So können wir die interkulturelle Ausrichtung und den Inklusionsgedanken stärken. Wir fordern, dass Kommunen als gute Arbeitgeber das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) unbedingt einhalten – dann muss niemand beispielsweise auf Grund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität mit Diskriminierung rechnen. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungs-

möglichkeiten machen Kommunen auf dem immer enger werdenden Markt der Fachkräfte attraktiv.

Kommunen sollen die Möglichkeiten des Tariftreuegesetzes nutzen, also bei öffentlichen Aufträgen die Tarifbindung fordern und vertraglich festschreiben. Für kommunale Tochtergesellschaften gilt dasselbe.

Die Kommune als Kundin: ökologisch und fair

Jede Gemeinde oder Stadt kauft Materialien und Produkte für Büros, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime, Jugendhäuser und viele andere Einrichtungen. Somit sind Kommunen selbst ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor. Wir fordern, dass die Kommunen bei ihren Einkäufen mit gutem Beispiel vorangehen und umweltverträgliche Produkte und Waren aus der Region bevorzugen. Sie sollen ihre Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien entsprechend festschreiben.

Verzichten sollen Kommunen auf Produkte, die den sozialen Standards nicht entsprechen, beispielsweise weil sie in Kinderarbeit hergestellt werden. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen als Fairtrade-Town zertifizieren lassen.

Kommunen tragen Verantwortung für den Klimaschutz. Für uns gehört es auch dazu, den Fuhrpark und die Energieversorgung emissionsarm, nachhaltig und ökologisch zu organisieren.

Das öffentliche Vergaberecht für Bau- und Dienstleistungen bietet gute Möglichkeiten, Aufträge so auszuschreiben, dass dabei ökologische und soziale Kriterien beachtet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass dieser Hebel zukünftig stärker genutzt wird.

Kommunale Finanzen – zukunftsfest wirtschaften

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Deshalb brauchen Kommunen für die wichtigen Aufgaben, die sie erfüllen, auch die finanziellen Mittel. Immer wieder müssen die öffentlichen Aufgaben und die dafür zur Verfügung stehenden Finanzen neu austariert werden zwischen Bund, Land und Kommunen. Kinderbetreuung, Ganztageschulen, Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sozialer Wohnungsbau oder auch ein guter öffentlicher Personennahverkehr sind Beispiele für Zukunftsaufgaben, welche die Kommunen finanzieren müssen. Aber alleine können sie das nicht stemmen.

Ab dem Jahr 2020 gilt die Schuldenbremse. Es wird für die Kommunen deshalb noch wichtiger, Prioritäten zu setzen. Wir werden darauf achten, dass keine Belastungen in die Zukunft verschoben werden. Gebäude, Straßen, Brücken müssen deshalb laufend instandgehalten werden. Schuldenabbau ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Dazu gehört es auch, die implizite Verschuldung abzubauen, also versäumte Sanierungen und Instandhaltungen nachzuholen.

Kommunen müssen nachhaltig wirtschaften. Bei einem Bauprojekt beispielsweise müssen die Folgekosten konsequent berücksichtigt werden, auch, um Energieeinsparungen ökonomisch darzustellen. Und weil sich die Bevölkerungsstruktur verändert, ist es wichtig, Gebäude so zu konzipieren, dass sie nicht nur dem heutigen Zweck dienen, sondern auch umgewidmet und gemeinschaftlich genutzt werden können.